2100-0587

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
LAbg. Mag. Astrid Eisenkopf
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 22. September 2026

SELBSTÄNDIGER ANTRAG

der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Grandits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „ORF-Zwangsabgabe abschaffen – burgenländische Haushalte und Betriebe endlich entlasten“

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtages vom ….. betreffend „ORF-Zwangsabgabe abschaffen – burgenländische Haushalte und Betriebe endlich entlasten“

Mit 1. Jänner 2024 wurde die geräteabhängige GIS-Gebühr durch eine allgemeine ORF-Haushaltsabgabe ersetzt. Diese ist unabhängig davon zu entrichten, ob ein Empfangsgerät vorhanden ist oder das ORF-Angebot tatsächlich genutzt wird.

Zum monatlichen ORF-Beitrag von 15,30 Euro kommt im Burgenland ein Kulturförderungsbeitrag von 4,60 Euro hinzu. Burgenländische Haushalte zahlen damit jährlich 238,80 Euro und somit um 55,20 Euro mehr als Haushalte in jenen fünf Bundesländern, die auf eine Landesabgabe verzichten. Auch Betriebe werden zusätzlich belastet, wobei sich die Beitragspflicht an Betriebsstätten und kommunalsteuerpflichtigen Lohnsummen und nicht an der tatsächlichen Nutzung des ORF orientiert. Im Jahr 2025 erzielte der ORF Erlöse aus dem verpflichtenden ORF-Beitrag in Höhe von 742,4 Millionen Euro. Angesichts erheblicher Einsparungspotenziale, insbesondere in den Bereichen Verwaltung, Personal und Spitzengehälter, ist eine grundlegende Verschlankung des ORF geboten.

Die FPÖ fordert auf Bundesebene konsequent die Abschaffung der ORF-Haushaltsabgabe und eine planbare Finanzierung eines deutlich verschlankten ORF über einen mehrjährigen Finanzrahmen. Mittlerweile stellt selbst die ÖVP die Haushaltsabgabe infrage und bringt neben einer Reduktion auch deren Abschaffung zugunsten einer langfristigen Budgetfinanzierung ins Spiel[1]. Damit wächst der politische Druck, die bestehende Zwangsfinanzierung zu beenden. Das Burgenland sollte daher seinen eigenen gesetzlichen Handlungsspielraum nutzen und die Burgenländerinnen und Burgenländer durch die Abschaffung des burgenländischen Kulturförderungsbeitrags spürbar entlasten.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert,

- dem Burgenländischen Landtag ehestmöglich einen Gesetzesentwurf vorzulegen, mit dem das Burgenländische Kulturförderungsbeitragsgesetz 2024 aufgehoben und die Einhebung des burgenländischen Kulturförderungsbeitrags vollständig beendet wird;
- an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge die ORF-Haushaltsabgabe vollständig abschaffen und eine grundlegende Reform des ORF mit dem Ziel eines schlanken, effizienten und auf seine öffentlich-rechtlichen Kernaufgaben konzentrierten Rundfunks umsetzen.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Rechtsausschuss sowie dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zuzuweisen.

[1] https://www.heute.at/s/orf-hammer-oevp-will-haushaltsabgabe-abschaffen-120249246